

Schatten über Europa. Über die arbeitsmarktbezogenen Folgen neoliberaler Politik

1. Vorbemerkung	60
<hr/>	
2. Die Wiederkehr der Massenarbeitslosigkeit	60
2.1 Unterschiedliche Erklärungsansätze	61
<hr/>	
3. Die neoliberale Wende und ihre arbeitsmarktrelevanten Folgewirkungen	62
3.1 Abkehr von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik	64
3.2 Zurückdrängung der Gewerkschaften	65
3.3 Flut an arbeitsmarktpolitischen Interventionen	66
<hr/>	
4. Die Finanzmarktkrise	68
<hr/>	
5. Ausblick	71

*Josef
Weidenholzer*

*Universitätsprofessor
und stv. Vorstand
des Instituts für
Gesellschafts- und
Sozialpolitik der JKU
Linz, Präsident der
Volkshilfe Öster-
reich, Abgeordneter
zum Europäischen
Parlament*

*Hansjörg
Seckauer*

*Assistent am Institut
für Gesellschafts-
und Sozialpolitik der
JKU Linz, Redakteur
der Zeitschrift „Kon-
traste – Presse- und
Informationsdienst
für Sozialpolitik“*

Auszug aus WISO 1/2014

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

1. Vorbemerkung

Vollbeschäftigung als politisches Projekt?

Ausgangspunkt des vorliegenden Artikels ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Europa und der Befund, dass das Thema „Vollbeschäftigung“ nicht mehr auf der politischen Agenda steht. Dass dem so ist, ist nach Ansicht der Autoren weitgehend der Wende zum Neoliberalismus und zur Austeritätspolitik in den 1980er-Jahren geschuldet, deren Auswirkungen auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik kurz dargestellt werden. Weiters wird ein Konnex zur jüngsten Finanzmarktkrise hergestellt, die sich durch eine von neoliberalen Vorstellungen geleitete Politik wesentlich verschlimmert hat. Welche Strategien auf europäischer Ebene verfolgt werden sollten, um der gegenwärtigen Situation angemessen zu begegnen, wird abschließend skizziert.

2. Die Wiederkehr der Massenarbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit, das war noch zu Beginn der 1970er-Jahre ein Phänomen, das man nur mehr von den Schilderungen der Elterngeneration kannte. Es schien nichts anderes zu geben als Vollbeschäftigung. Dieses Jahrzehnt schien all das zu widerlegen, was eine Generation zuvor Europa an den Abgrund geführt hatte. Die Wirtschaft florierte, der Wohlfahrtsstaat offerierte Sicherheit und dem gesellschaftlichen Fortschritt schienen keine Grenzen gesetzt zu sein. Optimismus herrschte vor, wohin man blickte.

Eurozone: 12% der Arbeitsfähigen ohne Job ...

Wenn damals Ökonomen – im Übrigen im Einklang mit Keynes – anmerkten, von echter Arbeitslosigkeit könne man erst ab einem Niveau von 3% sprechen, lösten sie damit heftige Gegenreaktionen aus. Heute würden wir alle von einem derartigen Niveau träumen. Sogar in Österreich, dem Mitgliedsstaat der Europäischen Union mit der niedrigsten Arbeitslosenrate, liegen wir mit derzeit 4,8% über dieser Marke – nach der vor dem Beitritt üblichen Methode mit 6,8% sogar deutlich höher. In der Eurozone sind zurzeit 19,3 Millionen Menschen bzw. 12% der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Beschäftigung, also jede/r Achte. In den Krisenstaaten Griechenland und Spanien ist gar jede/r Vierte betroffen. Bei den Jugendlichen hat die Arbeitslosenquote in diesen Ländern die skandalöse Marke von 50% mittlerweile deutlich überschritten (Quellen: de.statista.com; diepresse.com; www.statistik.at).

Solche Rekordziffern bedeuten nicht nur eine schwere existenzielle Beeinträchtigung der betroffenen Menschen, sie bedeuten eine gravierende Schwächung des Wohlstandsniveaus und stellen eine Bedrohung des sozialen Zusammenhalts dar. Vor allem aber führen sie zu politischer Instabilität und beflügeln nationalistische Phantasien, wie man dies zurzeit beispielsweise in Griechenland beobachten kann (vgl. Rathner 2013, S. 22–26). Arbeitslosigkeit ist insofern weder ein notwendiges Übel, das, der Rute im Fenster gleich, die Menschen zu höherer Arbeitsleistung animieren soll, noch darf sie als Kollateralschaden einer (vermeintlichen) Sanierungspolitik hingenommen werden. Arbeitslosigkeit ist vielmehr ein wesentlicher Indikator dafür, wie es mit der Zukunftsfestigkeit einer Gesellschaft aussieht. Einer Fieberkurve gleich gibt die Arbeitslosenstatistik Auskunft darüber, ob es mit uns insgesamt vorwärts geht oder ob wir uns am absteigenden Ast befinden.

*... bedeutet
Bedrohung
des sozialen
Zusammenhalts*

2.1 Unterschiedliche Erklärungsansätze

Viele Gründe werden in der Diskussion darüber angeführt, wieso sich Europa seit geraumer Zeit vom Ziel, Vollbeschäftigung zu erreichen, verabschiedet hat und sich mit einem Sockel an Arbeitslosigkeit, der weit jenseits der zitierten 3% liegt, zufrieden gibt.

So heißt es, dass Europa aufgrund zu hoher Löhne in einer globalisierten Ökonomie nicht konkurrenzfähig sei. Dagegen kann eingewendet werden, dass die Globalisierung mittel- bis langfristig zu einer Annäherung der Einkommen und Sozialstandards führen wird. So kann man jetzt schon einen rasanten Anstieg der Einkommen in den einstmaligen Billiglohnländern, z.B. in Südkorea (vgl. www.auswaertiges-amt.de), beobachten, und die einstmaligen südostasiatischen Tigerstaaten sind heute alle dabei, sozialstaatliche Sicherungssysteme nach europäischem Vorbild zu entwickeln (vgl. Weidenholzer 2013a). Trotzdem stellt, solange es gravierende Ungleichheiten gibt, die Globalisierung, insbesondere die Kapitalmobilität sowie die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Standorten zu wählen, „das eigentliche Drohpotenzial der Unternehmen“ gegenüber Belegschaften und nationaler Politik dar (vgl. Stockhammer 2007, S. 69). Eine Stärkung der Gewerkschaften in den außereuropäischen Ländern sowie internationale Vereinbarungen bzgl. Mindeststandards bei Einkommen sowie in arbeits- und sozialrechtlicher Sicht würden dem entgegenwirken und den Annäherungsprozess beschleunigen.

Globalisierung

*hohe Regulie-
rungsdichte*

Ein anderes, häufig vorgebrachtes Argument sieht die Gründe für das hohe Ausmaß an Arbeitslosigkeit in der hohen Regulierungsdichte. Mangelnde Flexibilität würde die Menschen daran hindern, sich neue Arbeitsplätze zu suchen, mache sie träge und behindere die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Das mag zwar zum Teil stimmen – aber liegt nicht ein Standortvorteil auch in der Garantie für die Beschäftigten, dank verlässlicher Instrumente sozialer Sicherung in Risikosituationen, wie Krankheit, Unfall und Invalidität oder Verlust des Arbeitsplatzes, abgesichert zu sein und damit verbunden die Chance zu haben, sein Leben planbar zu machen? Wenn man den World Competitiveness Index betrachtet (vgl. Schwab et al. 2013), dann fällt nämlich auf, dass jene Staaten, die viel für den Sozialschutz ausgeben, auch am wettbewerbsfähigsten sind. Abgesehen davon führt Deregulierung nicht automatisch zu weniger Arbeitslosigkeit, da Maßnahmen wie eine Lockerung des Kündigungsschutzes oder eine Senkung von Sozialleistungen eine Verunsicherung der Haushalte und eine Verschlechterung ihrer Einkommenslage bewirken. Sie dämpfen damit den privaten Konsum und indirekt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und lassen in der Folge Arbeitslosigkeit und Budgetdefizit weiter ansteigen (vgl. Schulmeister 2007, S. 93).

*Strukturwandel
der Wirtschaft*

Andere Ansätze wiederum verweisen auf den Strukturwandel in der Wirtschaft. Dieser umfasst neben dem bereits angesprochenen Prozess der Globalisierung und der damit einhergehenden Auslagerung von Produktionsstätten den technologischen Wandel (Automatisierung, Digitalisierung) und den dadurch begünstigten Einsatz flexibler und „schlanker“ Management- und Produktionsmethoden (Stichworte: Lean Management, Outsourcing, Just-in-time-Logistik). Diese Verfahrensweisen führen zur Flexibilisierung und Intensivierung der eingesetzten menschlichen Arbeitskraft, zu einer Spaltung der Arbeitnehmerschaft in Kern- und Randbelegschaften und letztlich auch zu einem reduzierten Personaleinsatz (vgl. Müller-Jentsch 2007; Koch 2003).

3. Die neoliberale Wende und ihre arbeitsmarktrelevanten Folgewirkungen

Wie man sieht, gibt es keinen einfachen Erklärungsansatz für das nun bereits mehrere Jahrzehnte andauernde Phänomen

(Massen-)Arbeitslosigkeit. Da sich wirtschaftliche Entwicklungen innerhalb eines vorgegebenen (wirtschafts-)politischen Rahmens vollziehen und die Politik wiederum auf bestimmten Grundannahmen beruht, wird hier die These vertreten, dass die notorische Hilflosigkeit, was die Lösung der Probleme am Arbeitsmarkt betrifft, nicht zuletzt damit zusammenhängt, dass man lange Zeit einer falschen Diagnose anhing und in der Folge falsche Therapien anwandte.

*falsche Diagnose
führte zur fal-
schen Therapie*

Diese Diagnose wurde von Ökonomen wie Friedrich von Hayek oder Milton Friedman erstellt, von PolitikerInnen wie Margaret Thatcher und Ronald Reagan bereitwillig übernommen und von Stiftungen wie der Heritage Foundation oder dem Cato Institute weltweit verbreitet. Die Botschaft war simpel: „Free Market.“ Unablässig wurde verkündet, dass die Märkte von sich aus einen optimalen Gleichgewichtszustand herstellen könnten, einer unsichtbaren Hand gleich. Dazu müsste man sich von allen Regulierungen befreien, den Einfluss des Staates und die Macht der Gewerkschaften zurückschrauben, damit der individuelle Eigennutz seine ultimative Triebkraft entfalten könne.

*Botschaft: der
„freie Markt“*

Man kann insofern von einer „Neuaufgabe“ bzw. einer „Wiedergeburt“ des liberalen Credo sprechen.¹ Dieses im England des ausgehenden 18. Jahrhunderts entwickelte Konzept beruht auf der Annahme, dass, wenn jeder seinen eigenen (ökonomischen) Interessen folgt, dies auch für die Allgemeinheit bzw. die Gesellschaft am besten ist. D.h. die Dinge würden sich dann am besten entwickeln, wenn man ihnen ungehindert ihren Lauf lässt und der Staat auf seine vormodernen Funktionen – Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit – reduziert wird (vgl. Polanyi 1978). Allerdings zeigt die historische Erfahrung, dass in einer „freien Marktwirtschaft“ die Lebensverhältnisse weiter Kreise der Bevölkerung von großer Unsicherheit geprägt sind, zumal die Märkte eine offensichtliche „Neigung zur Selbstzerstörung“ (Crouch 2011, S. 31) haben, d.h. das System insgesamt sehr krisenanfällig ist und nicht zuletzt deshalb immer wieder Staatsingriffe notwendig werden.²

Dessen ungeachtet erlebte der Wirtschaftsliberalismus Ende der 1970er-Jahre eine Renaissance, die u.a. durch die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Friedrich von Hayek (1974) und Milton

Friedman (1976) vorbereitet bzw. befördert wurde (vgl. Crouch 2011, S. 37). Im Folgenden wird nun versucht, die wesentlichen arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Auswirkungen dieser ideologischen Wende zu beschreiben.

3.1 Abkehr von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik

Bis weit in die 1970er-Jahre hinein bedeutete Wirtschaftspolitik vor allem makroökonomische Steuerung. Der Staat sollte ganz im Sinne von John M. Keynes mit antizyklischen Konjunkturprogrammen, z.B. öffentlichen Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, sowie anderen Lenkungsmaßnahmen, z.B. kollektiven Arbeitszeitregelungen, die Entwicklung der Beschäftigung beeinflussen.

Vollbeschäftigung vom Tisch

Infolge der Preissteigerungswellen bei Konsumartikeln, die insbesondere durch den Anstieg der Ölpreise 1973 und 1978 ausgelöst wurden, änderten sich die wirtschaftspolitischen Prioritäten. Inflationsbekämpfung bzw. Preisstabilität galt nun als oberstes Ziel, während andere Ziele, z.B. Vollbeschäftigung, nicht mehr als vorrangig angesehen und nachgereicht wurden. Die neoliberale Wende gegen Ende des Jahrzehnts, markiert durch Margret Thatchers und Ronald Reagans Machtübernahme im Vereinigten Königreich bzw. in den USA, bedeutete insofern eine historische Zäsur. Die angebotsorientierte Nationalökonomie, welche die in der Tradition der „Austrians“ Ludwig von Mises und Friedrich von Hayek stehenden „Chicago Boys“³ propagierten, leugnete, dass die Stimulierung der Güternachfrage auch zu einer Vermehrung der Nachfrage nach Arbeit führt. Neue Arbeitsplätze würden nicht dadurch entstehen, dass man zusätzliche Mittel in den Wirtschaftskreislauf pumpt. Entscheidend wäre vielmehr der Preis für die Arbeit. Dieser müsste beweglich sein, vor allem nach unten. Deutliche Lohnunterschiede wären eine wesentliche Voraussetzung für mehr Arbeitsplätze.

Abkehr von nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik

Diese Abkehr von der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik bedeutete zweierlei: einerseits ein Abgehen von der Politik, großzügige Konjunkturbelebungsprogramme aufzulegen, und andererseits das Setzen von Maßnahmen zur „Aktivierung“ und „Flexibilisierung“ des Arbeitskräfteangebots; also eine Vielzahl mikropolitischen Eingriffe (s.u. 3.3) anstelle der bisherigen makropolitischen Steuerung.

3.2 Zurückdrängung der Gewerkschaften

Einen wichtigen Punkt stellt in diesem Zusammenhang die Zurückdrängung der Gewerkschaften und sämtlicher Instrumente des kollektiven Arbeitsrechts dar. Auf diese Weise hoffte man, eine nachhaltige Senkung der Arbeitskosten erreichen zu können. Geradezu „prophetisch“ nimmt sich aus heutiger Sicht ein Vorstoß des früheren Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Ernst Albrecht, aus, den er gemeinsam mit dem CDU-Sozialexperten Haimo George 1983 zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit unternahm. Dieser Initiative zufolge sollten die Löhne um 15% gesenkt, Kündigungsbestimmungen gelockert, Schutzbestimmungen abgeschafft, Sozialabgaben zugunsten höherer Mehrwertsteuersätze reduziert und die Tarifautonomie gelockert werden (vgl. Bickerich 1983). Der CDU-Minister Norbert Blüm bezeichnete dies damals mit großer Entrüstung als Rückfall in das 19. Jahrhundert und kündigte seinen Widerstand an (vgl. Weidenholzer 2013a). Fast dreißig Jahre danach wissen wir, dass das vergebens war und sich Deutschland genau in diese Richtung entwickelt hat. So wuchsen die deutschen Nominallohne über Jahre hinweg nur mit der realen Produktivität, also ohne jeglichen Inflationsausgleich (vgl. www.boeckler.de, 19.04.2013). In gewisser Weise wurde damit auch der Grundstein für die heutigen Ungleichgewichte in Europa gelegt, denn Deutschland hat aufgrund dieser kollektiven Lohnzurückhaltung eigentlich eine Generation lang nicht über, sondern unter seinen Verhältnissen gelebt.

*Zurückdrängung
der Gewerk-
schaften ...*

*... als
Grundstein für
die Ungleichheit
in Europa*

Mit noch größerem Nachdruck ging Großbritannien gegen organisierte Arbeitnehmerinteressen vor. Während in Deutschland die Gewerkschaften ihre institutionelle Bedeutung bewahren konnten, wurden sie hier entscheidend geschwächt. Der einjährige Bergarbeiterstreik 1984/85, der mit einer vollständigen Niederlage endete, bedeutete einen schweren Rückschlag für die britische Gewerkschaftsbewegung und eine radikale Veränderung der Arbeitsbeziehungen. Margret Thatcher hatte diesen Kampf mit unerbittlicher Härte geführt, war doch die Zurückdrängung kollektiver Interessenswahrnehmung ein zentrales Versatzstück neoliberaler Vordenker. Umgekehrt hatten es die britischen Gewerkschaften ihren Gegnern auch relativ leicht gemacht, weil sie es verabsäumt hatten, ihre Strukturen den Veränderungen in der Arbeitswelt anzupassen. Zuviel hatte sich seit den Zeiten Henry Fords geändert: Die Arbeitsorganisation

insgesamt war flexibler, offener und individueller geworden. Viele Gewerkschaften in Europa haben diese Zeichen der Zeit nicht oder erst spät erkannt. Der Einfluss der Gewerkschaftsbewegung ist daher in den letzten Jahren in den meisten EU-Mitgliedsstaaten zurückgegangen.⁴

Ungleichgewichte in der Arbeitswelt ...

Das heißt natürlich nicht, dass Gewerkschaften nicht mehr notwendig wären – im Gegenteil: Gerade die durch Zersplitterung und extreme Ungleichgewichte charakterisierte Arbeitswelt benötigt mehr denn je eine kollektive Interessenorganisation. Um das zu erreichen, braucht es innovative Organisationsansätze, insbesondere mehr Angebote für all jene – etwa prekär Beschäftigte, Erwerbslose oder Frauen –, die sich in den traditionellen Strukturen nicht wiederfinden.⁵

3.3 Flut an arbeitsmarktpolitischen Interventionen

... brauchen kollektive Interessenvertretung ...

Die neoliberale Neustrukturierung der Arbeitsmärkte beinhaltet nicht nur diese negative Komponente der Zerstörung bestehender Strukturen kollektiver Interessenwahrnehmung, sie griff auch gestaltend ein. Im Gegensatz zum liberalen Credo, dass der Staat sich zurückhalten müsse (s.o.), kam es zu einer europaweiten Flut an arbeitsmarktpolitischen Interventionen, die das Verhalten der MarktteilnehmerInnen nachhaltig verändern sollten. Besonders deutlich wurde dies um die Jahrtausendwende, als sich die Europäischen Institutionen in stärkerem Ausmaß der Beschäftigungspolitik zuwandten.

... zur Stabilisierung der Gesellschaft

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man geglaubt, dass Deregulierungen und Privatisierungen gleichsam automatisch zu den gewünschten Erfolgen an den Arbeitsmärkten führen würden. Als „Trickle-down- bzw. Durchsickereffekte“ bezeichnete man diese vergebliche Hoffnung, die auf der Annahme beruhte, dass eine durch hohe Profiterwartungen ausgelöste private Investitionstätigkeit in Wirtschaftswachstum, höherer Beschäftigung und Lohnsteigerungen mündet und im Endeffekt alle – auch ärmere Bevölkerungsschichten – davon profitieren (vgl. Stockhammer 2007, S. 52f). Da diese Effekte weitgehend ausgeblieben waren, wollte man nun aktive Akzente setzen.

Allerdings konnte man sich nach wie vor nicht zu makroökonomischen Interventionen entschließen, obwohl infolge der

Auflösung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 2002 grundsätzlich finanzielle Mittel hierfür vorhanden gewesen wären. Man überließ es jedoch primär den Mitgliedsstaaten, im Rahmen sogenannter Nationaler Aktionspläne für Beschäftigung (NAP) Geld in die Hand zu nehmen. Gleichzeitig beschloss man beschäftigungspolitische Leitlinien, die zu einer Verhaltensänderung der AkteurInnen auf den Arbeitsmärkten beitragen sollten. Nunmehr war in den verschiedenen Programmen von Zielsetzungen wie der Förderung der Vermittelbarkeit und Anpassungsfähigkeit, dem Ausbau der Chancengleichheit und der Weckung des Unternehmergeistes die Rede (vgl. Unger 1998, S. 19–29).

*Verhaltens-
änderung der
AkteurInnen*

Einige Jahre später hieß dieser Maßnahmenmix in der Terminologie der Schröder'schen Arbeitsmarktreformen dann „Fördern und Fordern“: Nur wenn die AkteurInnen gewissermaßen als sich selbst vermarktende Individuen, als „Ich-AGs“ am Arbeitsmarkt auftraten, verdienten sie auch die staatliche Förderung. Selbstmanagement und innere Selbstführung wurden nun zu Tugenden, die den EmpfängerInnen staatlicher Unterstützung abverlangt wurden.

Doch nicht nur Anreize zur Verhaltensänderung wurden geschaffen, es kam auch zum Einsatz von Zwangsmaßnahmen. Zum ersten Mal wurden solche Programme im US-Bundesstaat Wisconsin angewandt, später dann von Präsident Bill Clinton übernommen, um die konservativen Kritiker der Sozialprogramme zu beruhigen (vgl. Kontraste 2/2004, S. 10–11). Der britische Premier Tony Blair griff diese Ideen auf und machte sie zu einer tragenden Säule seiner Arbeitsmarktpolitik. Unter dem Titel „welfare to work“ oder schlicht „workfare“ als Antonym zu „welfare“ fand dieser Ansatz Eingang in die deutschen Reformen der Agenda 2010, gemeinhin auch als Hartz-Reformen bekannt. Auch das die europäische Politik rund um das Jahr 2000 prägende Schröder-Blair-Papier, in dem die beiden Regierungschefs ihre Reformvorstellungen präzisiert hatten, nimmt darauf Bezug.⁶ Die Europäische Kommission zeigte sich gleichfalls davon beeindruckt und forderte strengere Kriterien für den Leistungsbezug sowie den Abbau von allen Schutzbestimmungen, die dafür verantwortlich wären, dass sich die Arbeitsaufnahme nicht mehr lohne (vgl. Weidenholzer 2013a).

*Zwangsmaß-
nahmen*

*von „workfare“
zu „welfare“*

konjunkturbedingte Grenzen

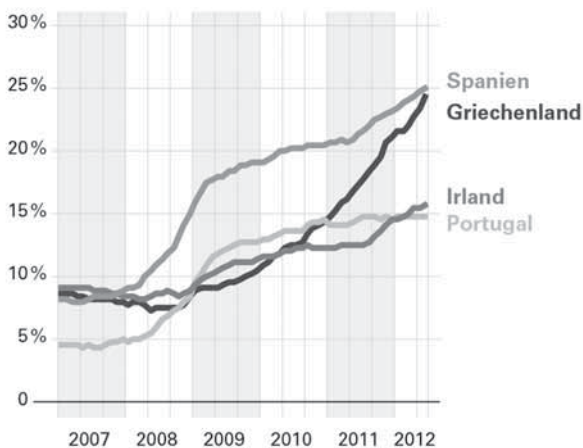
Heute sind solche Vorstellungen mehr oder weniger zum Allgemeingut der Arbeitsmarktpolitik geworden. Dennoch sind die Arbeitslosenziffern, wie eingangs gezeigt wurde, kaum gesunken; und die sozialpolitischen Erfolge der Hartz-Reformen lassen durchaus zu wünschen übrig (vgl. Dörre et al. 2013). Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass dieser Politik konjunkturbedingte Grenzen gesetzt sind: Horn (2007, S. 42) zufolge kann man „bei den Arbeitslosen die Anreize noch so stark erhöhen, doch wenn die Arbeitskräftenachfrage nicht vorhanden ist, (...) dann wird der Anreiz wirkungslos verpuffen“.

4. Die Finanzmarktkrise

Wenn wir heute, was den Arbeitsmarkt betrifft, europaweit vor einer höchst problematischen Situation stehen, so hängt das mit der soeben kurz skizzierten verfehlten Politik der letzten 15 bis 20 Jahre zusammen, die – überspitzt ausgedrückt – die Arbeitslosen und nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft hat. Die Krise an den europäischen Arbeitsmärkten hat allerdings noch einen anderen Konnex, den zur Finanzmarktkrise. 2008, vor dem großen Krach bei Lehman Brothers, waren die europäischen Staaten drauf und dran, ihre Defizite in den Griff zu kriegen, und dies bei einem höheren Sozialschutzniveau als heute. So

Sparpolitik treibt Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquoten entwickelten sich in ...



Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

konnten Spanien und Irland ihre öffentlichen Schuldenstände vor dem Ausbruch der Finanzkrise abbauen und auch Portugal und Italien waren bei der Reduktion bzw. Stabilisierung ihrer öffentlichen Schuldenstände relativ erfolgreich (vgl. Schmid 2012). Erst mit den Bankenrettungspaketen stiegen die Staatsschulden wieder dramatisch an – und in weiterer Folge auch die Arbeitslosenzahlen in den von der Krise vorrangig betroffenen Ländern (vgl. Grafik).

*Bankenrettung
als Grund
der steigenden
Staatsschulden*

Bei Ausbruch der Krise hatte man noch gehofft, diesen Folgeeffekt vermeiden zu können. Um nicht die Fehler der 1930er-Jahre zu wiederholen, entschied man sich diesmal dazu, die Banken nicht pleite gehen zu lassen. In den meisten Staaten kam es zu großzügigen Unterstützungen der Banken, ohne dass sich die Regierungen einen wirklichen Einfluss über den Sektor sicherten. Das sollte sich rächen, denn die Geldinstitute verwendeten das billige Staatsgeld nicht für die zur Verhinderung einer Wirtschaftskrise erforderliche Kapitalisierung der Realwirtschaft. Spekulieren war viel lukrativer.

*kein Pleitegang
der Banken*

Dazu gab es von verschiedenen Seiten ein Interesse, den Euro zu schwächen. So begannen im Frühjahr 2010 etwa jene Investmentfonds, die noch ein Jahr zuvor dem griechischen Staat in großem Stil Geld zur Verfügung gestellt hatten, nun plötzlich Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Landes zu hegen. Auch damit ließ sich schließlich viel Geld verdienen – man brauchte ja nur die Zinsen zu erhöhen. Natürlich waren die Dinge in Griechenland nicht in Ordnung. Aber das war schon lange bekannt und Griechenland stand damit keineswegs alleine da. Was man zunächst schöngeredet hatte, das redete man nun schlecht. Je größer man das Risiko ausmalte, umso höher war der Risikoaufschlag. Bezahlen sollten das jene Mitgliedsstaaten, deren wirtschaftliche Potenz besser entwickelt war. Was bei der Krise 2008 gut gegangen war, sollte wieder funktionieren. Allerdings war es nun nicht mehr so einfach, die Zustimmung dafür zu erlangen. Die verantwortlichen PolitikerInnen setzten auf Hinauszögern und Aussitzen. Eine derartige Strategie fordert die Spekulanten allerdings geradezu heraus, die Möglichkeiten auszutesten und den Einsatz zu erhöhen. Die Zinsbelastung für Griechenland stieg und damit auch die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenbruchs.

*Interesse an
Schwächung
des Euro*

Grundsätzlich hätte es zwei alternative Möglichkeiten gegeben: entweder den Spekulanten durch den Einsatz von Riesensummen zu zeigen, dass sich ein solches Spiel nicht lohnt (wie es EZB-Chef Draghi, allerdings erst zweieinhalb Jahre später, getan hat) – oder den Finanzkapitalismus als solchen in Frage zu stellen. Zu beidem waren die handelnden Personen, allen voran der damalige französische Präsident Sarkozy und die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, nicht bereit oder in der Lage, da auch sie offenbar von der Vorstellung durchdrungen waren, dass die Märkte alles zum Besten regeln würden, sofern man sie bloß gewähren ließe.

*Finanzmärkte als
Schiedsgericht?*

Die Finanzmärkte wurden in dieser Phase nicht als Instrumente, mit deren Hilfe Private ordentlich Geld verdienen können, sondern als quasi unabhängige Schiedsrichter über die „Wettbewerbsfähigkeit“ der einzelnen Länder gesehen. Und man ging von der Annahme aus, dass diese nur dann gegeben sei, wenn sich die jeweiligen Regierungen glaubwürdig verpflichten, das Staatsbudget in kurzer Zeit auszugleichen. Sparpakete wurden verordnet, von denen viele wussten, dass sie vollkommen unrealistisch und volkswirtschaftlich sogar schädlich waren. Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) kam nachträglich zur Erkenntnis, dass die von der so genannten Troika, bestehend aus Europäischer Zentralbank (EZB), EU-Kommission und IWF, den südeuropäischen Ländern oktroyierte Sparpolitik die Krise wesentlich verschärft habe – vor allem, weil durch ein derartiges Vorgehen ein negativer Kreislauf ausgelöst wird: Die Sparpolitik löst eine Rezession aus und die Investoren ziehen sich zurück. Das wiederum verschärft die Sparanforderungen (vgl. www.handelsblatt.com, 05.12.2011). Konkret ergaben die Untersuchungen des IWF, dass bei Ausgabenkürzungen in einer Rezession ein Multiplikator von über 2 keine Seltenheit ist. D.h. jeder Euro, den der Staat einspart, senkt das BIP um gut zwei Euro, was in der Folge sinkende Steuereinnahmen und steigende Ausgaben, etwa für Arbeitslosenunterstützung, bedeutet (vgl. Kontraste 1/2013, S. 10).

*radikale Austerität zur
Beruhigung der
Wählerschaft in
den Ländern des
Nordens*

Die radikale Austeritätspolitik war also nicht unbedingt ein Resultat ökonomischer Analyse, sondern diente vor allem zur Beruhigung der Wählerschaft in den Ländern des Nordens. Deren Regierungen hatten sich nunmehr darauf festgelegt, dass

es sich bei der Krise um eine Staatschuldenkrise handle, und sahen dies als Gelegenheit, die Haushaltsdisziplin generell zu stärken sowie den Sozialstaat als Verschwendungsmaschine zu denunzieren und Leistungen zurückzufahren. Wir hätten also über unsere Verhältnisse gelebt und die „faulen Griechen, Spanier und Portugiesen“ noch viel mehr. Deshalb könne es Solidarität der wohlhabenderen Euroländer nur dann geben, wenn die Empfängerländer ordentlich Buße leisten (vgl. Weidenholzer 2013b).

Nur so ließen sich die Rettungspakete begründen. Niemand fragte, ob nicht die Ungleichgewichte auch deswegen zustande gekommen sein könnten, weil die Länder des Nordens, insbesondere Deutschland, unter ihren Verhältnissen gelebt (s.o.) und auf diese Weise die Binnennachfrage geschwächt hatten. Niemand stellte die Logik des Systems als solche infrage, also die Rolle der außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte. Es wurde ein Zustand erreicht, wo die Politik nur mehr ausführt, was die Finanzwirtschaft vorgibt, wo sie nicht mehr gestaltet, sondern den Dingen hinterherhinkt.

5. Ausblick

Wir leben in Zeiten gewaltiger Umbrüche. Knapp ein Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, zwanzig Jahre, nachdem der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama (1992) „das Ende der Geschichte“ verkündete und ein Goldenes Zeitalter des Liberalismus heraufdämmern sah, ist der Kapitalismus in seine tiefste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg geschlittert. Auch wenn die Konjunkturdaten gegenwärtig eine gewisse Erholung signalisieren, bleibt die Lage labil. Denn Gewissheiten gibt es zurzeit nicht – außer vielleicht eine: Die Finanzmärkte taugen nicht dazu, Motor und Impulsgeber der gesellschaftlichen Entwicklung zu sein. Sie folgen der Logik des Glücksspiels und sind ungerecht. Sie verwirren, weil man sich an dieser Logik nicht orientieren kann, und sie verzerren das gesellschaftliche Gefüge.⁷

*Finanzmärkte
taugen nicht als
Impulsgeber*

Wir brauchen daher eine Rehabilitierung der Realwirtschaft. Produktion muss sich wieder lohnen, auch in Europa. Mehr Realwirtschaft heißt vor allem weniger Finanzwirtschaft. Das lässt sich nur durch eine rigorose Regulierung des Finanz- und

*Produktion in
Europa muss
sich lohnen*

Bankensektors herstellen, durch ein Verbot bestimmter spekulativer Praktiken wie der Leerverkäufe, ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, eine Neuordnung der Ratingagenturen, eine Steuer auf Finanztransaktionen – um nur die wichtigsten Maßnahmen zu nennen. Manches ist auf dem Weg, aber viele Beschlüsse des Europäischen Parlaments werden von den VertreterInnen der nationalen Regierungen im Europäischen Rat nicht umgesetzt.⁸

*Politik hat
Vorrang vor
Ökonomie*

Dringend vonnöten ist weiters eine Rehabilitierung der Politik. Diese muss wieder Vorrang vor der Ökonomie haben. Das ist nicht einfach, denn zu sehr hat sich die Politik in den letzten Jahren selbst beschädigt. Gerade das Management der Krise zeigt dieses Politikversagen, etwa als Sarkozy und Merkel mit dem Fiskalpakt vergeblich versuchten, die Finanzmärkte zu beruhigen. Dieser Pakt war im Prinzip ein Diktat der beiden wichtigsten Mitgliedsstaaten, vorbeigespielt am Europäischen Parlament. Als man später erkannte, dass es ohne europäische Steuerung nicht ging, übertrug man einer Gruppe von vier Männern die Aufgabe, Vorschläge für eine Reform der europäischen Institutionen zu entwickeln. Mit dabei waren die Präsidenten des Rates, der Kommission, der Eurozone und der Zentralbank, aber – bezeichnenderweise – nicht der Präsident des Europäischen Parlaments. Die Angst vor demokratischen Entscheidungsmechanismen ist offenbar groß und zerstört letztlich die Glaubwürdigkeit der Politik.

*Europa Teil
der Lösung*

Dessen ungeachtet stellt Europa im politischen Prozess eine wichtige Ebene dar, in vielen Fällen die wichtigste, weil es oft um Probleme geht – wie eben die Bewältigung der Finanzmarktkrise –, die sich nur gemeinsam lösen lassen. Dies sollte man auch entsprechend kommunizieren. Leider ist Europa über weite Strecken immer noch ein Projekt der Eliten und der Technokraten. Das Parlament ist der einzige Ort, wo sich die Interessen der BürgerInnen bündeln. Es leidet jedoch an einem wesentlichen Mangel: Die Anliegen der ArbeitnehmerInnen, die Interessen fortschrittlich eingestellter BürgerInnen sind gegenwärtig noch unterrepräsentiert. Das macht es mitunter recht schwierig, Positionen durchzusetzen, die dem nach wie vor dominierenden Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes Einhalt gebieten (vgl. Weidenholzer 2013b). Es kann nicht sein, dass wir heute zwar über eine Fiskalunion, eine Schuldenunion, eine Transferunion reden, aber nicht über eine

Sozialunion – in der die Menschen mit Fairness und Gerechtigkeit rechnen können, wo sie nicht diskriminiert sind und sich frei entfalten können und wo sie in schwierigen Situationen mit der Solidarität der Gesellschaft rechnen können.

Dazu gehört die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu haben, denn Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen Lebens. „Diejenigen, denen die Arbeit weggenommen wird, leiden immer – nicht nur wirtschaftlich und gesundheitlich, sondern in ihrer gesamten menschlichen Existenz“ (Jahoda, in: Gebhart 1999). Wir brauchen daher eine Politik, die auch erwerbslosen Menschen eine Perspektive bietet und Vollbeschäftigung wieder als Ziel definiert. Wohin es führen kann, wenn in weiten Teilen der Bevölkerung Arbeitslosigkeit und Armut, Frustration und Perspektivlosigkeit vorherrschen, hat die Geschichte des frühen 20. Jahrhunderts gezeigt. Sie sollte sich nicht wiederholen.

*EU-Politik muss
Perspektiven
bieten*

Anmerkungen

1. Vgl. Esping-Andersen (2007, S. 9): „Contemporary neo-liberalism is very much an echo of classical liberal political economy.“
2. Crouch verweist in diesem Zusammenhang auf die durch den Börsencrash 1929 eingeleitete Weltwirtschaftskrise. Angesichts deren verheerender Auswirkungen kam es in der Folge zu einer Abkehr von wirtschaftsliberalen Vorstellungen.
3. Die University of Chicago, an der auch Milton Friedman lehrte, war die weltweit wichtigste Ideenschmiede des Neoliberalismus (vgl. Crouch 2011, S. 37). Mises und Hayek werden von Judt (2010, S. 98) als „outstanding grandfathers of the Chicago school of free-market economics“ bezeichnet.
4. So ist z.B. in Österreich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder seit den 1980er-Jahren von rund 1,7 Mio. auf derzeit 1,2 Mio zurückgegangen. Allerdings gibt es auch gegenläufige Trends: Die beiden größten Gewerkschaften, GPA und GÖD, verzeichneten zuletzt deutliche Zuwächse (vgl. derstandard.at, 27.3.2013).
5. Eine diesbzgl. richtungsweisende Initiative stellt hierzulande die Interessengemeinschaft für freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen Work@flex der GPA-djp dar.
6. Insbesondere in Punkt IV: Eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Linke; vgl. http://doku.iab.de/chronik/2x/1999_02_01_21_dass.pdf
7. „Die Gesellschaft durchsetzt sich mit Strukturen des Glücksspiels“, befindet auch Armin Thurnher (2013, S. 84). Es sei „der Charakter der Wette“, welcher der neoliberalen Gesellschaft immanent sei „und die altmodische Fiktion ersetzt, man könne es mit Arbeit zu etwas bringen“. Spielerisch würden die Menschen „auf ein Leben in Ungerechtigkeit eingestimmt“, denn auch im Sport werde „die Wette wichtiger als der Wettbewerb“.
8. Mit der am 15. Jänner 2014 beschlossenen Finanzmarktrichtlinie Mifid II ist es dem Europaparlament immerhin gelungen, eine erste Begrenzung des Hochfrequenzhandels und der Nahrungsmittelspekulation durchzusetzen. Näheres hierzu unter: www.eu-infothek.com/article/mifid-ii-soll-eu-finanzmaerkte-die-kette-legen, 22.01.2014.

Literatur

- Bickerich, W., Keiner von uns ist Einzelkämpfer, in: Der Spiegel 38/1983
- Crouch, C., Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin 2011
- derstandard.at, Zahl der ÖGB-Mitglieder sinkt weiter, 27.3.2013
- de.statista.com, Arbeitslosenquote in den EU-Ländern 2013, dl. 19.12.2013
- diepresse.com, Arbeitslosigkeit in Eurozone auf 12,1 Prozent gesunken, 29.11.2013
- Dörre, K., Scherschel, K., Booth, M. u.a., Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Frankfurt/M. 2013
- Esping-Andersen, G., The Three Worlds of Welfare Capitalism. 12. Auflage, Cambridge 2007
- Fukuyama, F., Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir? München 1992
- Gebhart, M., Wie kommt man durchs Leben, Frau Jahoda? In: Die Zeit 24/1999
- Horn, G.A., Grundlagen und Kritik der neoliberalen Wirtschaftspolitik, in: WISO 1/2007
- http://doku.iab.de/chronik/2x/1999_02_01_21_dass.pdf, dl 23.12.2013
- Judt, T., Ill fares the land. London 2010
- Koch, M., Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa: Wege zum Postfordismus in den Niederlanden, Schweden, Spanien, Großbritannien und Deutschland. Wiesbaden 2003
- Kontraste. Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik 2/2004; 1/2013
- Müller-Jentsch, M., Strukturwandel der industriellen Beziehungen. ‚Industrial Citizenship‘ zwischen Markt und Regulierung. Wiesbaden 2007
- Polanyi, K., The great Transformation – Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Wien 1978
- Rathner, C., Gefahr von rechts und neue Solidarität, in: Kontraste 7/2013
- Schmid, P., Die Krise der Europäischen Währungsunion ist keine Krise des Euro, in: www.oekonomenstimme.org, 20.09.2012
- Schulmeister, S., Neoliberalismus, Finanzkapitalismus und die Krise des europäischen Sozialmodells, in: WISO 1/2007
- Schwab, K., World Economic Forum (Eds.), The Global Competitiveness Report 2013–2014, http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalCompetitivenessReport_2013-14.pdf, dl. 19.12.2013
- Stockhammer, E., Drei neoliberale Mythen zu Löhnen und Profiten, in: WISO 1/2007
- Thurnher, A., Republik ohne Würde, Wien 2013
- Unger, B., Beschäftigungspolitik der Europäischen Union, in: Forum Politische Bildung (Hg.): EU wird Europa? Erweiterung – Vertiefung – Verfestigung, Innsbruck 1998
- Weidenholzer, J., Arbeitslosigkeit – Die europäische Krankheit, in: www.weidenholzer.eu, 16.02.2013a
- Weidenholzer, J., Von der Überwindung der Grenzen, in: www.weidenholzer.eu, 27.01.2013b
- www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/KoreaRepublik/Wirtschaft_node.html, dl. 19.12.2013
- www.boeckler.de, Lohnentwicklung: Frankreich hat EZB-Ziel erfüllt, Deutschland hat es unterschritten, 13.04.2013
- www.eu-infothek.com/article/mifid-ii-soll-eu-finanzmaerkte-die-kette-legen, 22.01.2014
- www.handelsblatt.com, Schuldenstaaten rutschen immer tiefer in den Krisenstrudel, 05.12.2011
- www.statistik.at, Arbeitslosigkeit – 3. Quartal 2013 (nicht saisonbereinigt), 12.12.2013

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at